



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
1. Februar 2023, 16:30 Uhr bis 18:58 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 33
Abwesende Mitglieder: 4

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Dr. Wohlwend (GKK).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

Vorstellung: Frau Jessica Schoellhorn und Herrn Jonas Nees

Frau Schöllhorn, neue Leitung Kinderbüro, stellt sich und ihre neue Aufgabe kurz vor.
Herr Nees, neue Leitung JuSoDi, stellt sich mit seinem neuen Aufgabengebiet und dessen Herausforderungen vor.

Der Vorsitzende verweist auf das sozialökologische Symposium in 14 Tagen.

TOP 1 Rahmenkonzept zur Beteiligung von Kindern in Karlsruhe - Vorlage-

Frau Schöllhorn (SJB): Bitte stellen Sie sich vor, wie Kinder empfinden, wenn ihre Ideen für ihren Stadtteil Gehör finden. Ein Weg, Kinder diese Erfahrung machen zu lassen, ist, sie früh zu beteiligen. Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit sind beim Aufwachsen von zentraler Bedeutung. Kinder sind Experten ihrer eigenen Belange. Frühe Beteiligungserfahrung bilden den Grundpfeiler für eine erfolgreiche Demokratiebildung und hat somit nicht nur Vorteile für die Zielgruppe der Kinder sondern auch für die Gesamtgesellschaft. Gute Kinderbeteiligung braucht ausreichend Zeit, genügend Ressourcen und gemeinsame Qualitätsstandards. Um möglichst viele Kinder zu beteiligen, bedarf es verschiedener Akteure und auch dezentraler Angebote. Unsere Angebote müssen stets an die Gegebenheiten angepasst werden. Das vorliegende Konzept stellt den Rahmen dar, in dessen das städtische Kinderbüro die Kinderbeteiligung weiterentwickeln und stärken möchte.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion geht das Konzept gerne mit. Beim Konzept „Karlsruhe spielt“ sieht man besonders gut, wie alle Altersgruppen eingebunden und Querschnittsthemen bearbeitet werden sowie Beteiligung gefördert wird. Damit wird zur Demokratiebildung beigetragen. Wie erreichen wir ganz konkret Familien, bei denen es nicht so familiendemokratisch zugeht und können Sie uns hierzu Beispiele nennen? Wen erreicht das Kinderbüro „on air“ oder Kinderbüro „vor Ort“. Wer sind die Zielgruppen und wie werden diese Angebote angenommen?

Frau Schöllhorn (SJB): Die Verwaltung freut sich über die Unterstützung für „Karlsruhe spielt“. Wir haben dieses Jahr die Idee, nicht nur Beteiligung **für** Kinder anzubieten, sondern Kindergruppen miteinzubinden und bei der Einrichtung von Straßen Kinder diese selbst ausgestalten zu lassen. Das Kinderbüro „on air“ wird gut angenommen und es wird ständig weiterentwickelt, nachdem wir die Teilnehmenden befragt haben, welche Themen noch bearbeitet werden sollen. Beim Kinderbüro „vor Ort“ kommen die Referentinnen direkt vorbei. Hier wird mit den Kinder- und Familienzentren kooperiert, um Familien noch besser, noch aufsuchender im Sozialraum zu erreichen.

Herr Braunnagel (Paritätische): Im Konzept wird auf die Inklusion hingewiesen. Könnte das noch etwas ausgeführt werden, welche Ideen es für sozial benachteiligte sowie für behinderte Kinder und Jugendliche gibt?

Frau Schöllhorn (SJB): Grundsätzlich wird versucht, alle Angebote möglichst niedrigschwellig zu planen, damit nach Möglichkeit alle teilnehmen können. Es ist uns bewusst, dass es Kinder mit größeren Problemen gibt bei Angeboten teilzunehmen. Wenn wir einen Bedarf sehen, reagieren wir entsprechend. Ein Ansatz ist, bei den vielen Einrichtungen mit denen kooperiert wird, nachzuhören. Die Fachkräfte vor Ort werden befragt, wie wir die Angebote anpassen müssen, um diese Kinder besser zu erreichen. Grundsätzlich ist es wichtig, dass wir uns als Fachkräfte vernetzen und das Wissen vermehren.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Rahmenkonzept zur Kenntnis.

TOP 2 Karlsruher Jugendbeteiligungskonzept 2022 – 3. Fortschreibung zur Beteiligung von Jugendlichen in Karlsruhe 2010

- Vorlage -

Film zum Thema.

Herr Gotzmann (stja): Stellt sich kurz als Fachbereichsleiter für Jugendverbände und Partizipation vor. Im Film haben Sie alle Jugendbeteiligungsplattformen gesehen. Ein Jugendbeteiligungskonzept fördert Jugendliche in der Persönlichkeitsentwicklung und stärkt verschiedene gesellschaftliche Faktoren, wie bürgerschaftliches Engagement oder Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Jugendliche anzuhören schafft ein jugendgerechtes Karlsruhe, und das ist unser Ziel. Es gibt jedoch auch gesetzliche Vorgaben, angefangen bei der UN Kinderrechtskonvention, über das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, in dem Kinderbeteiligung als Grundprinzip genannt ist, bis hin zur Gemeindeordnung (GemO). §41a GemO verpflichtet die Kommune, Jugendliche zu beteiligen, und mit dem vorliegenden Konzept erfüllt das die Stadt Karlsruhe. Wir bauen auf vorhandene Strukturen auf und schaffen ein einzigartiges Modell, mit dem wir deutschlandweit überzeugen können.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Vorlage zeigt, dass Karlsruhe eine gute Jugendbeteiligung hat. Die GRÜNE-Fraktion sieht große Stärken bei den projektorientierten und bei den offenen Formen von Jugendbeteiligung, wie beispielsweise die Jugendkonferenz oder „my city my place“. Auch in der Pandemie hat die Jugendbeteiligung weiter funktioniert. Jugendarbeit ist auch etwas systemrelevantes. Wir müssen jedoch ehrlich gegenüber der Stadtpolitik sein und feststellen, dass Kinder- und Jugendliche überproportional stark in der Pandemie betroffen und unterproportional wahrgenommen sowie beteiligt wurden. Zwei Beispiele von vielen: Die Infektionsschutzmaßnahmen an Schulen wurden über die Köpfe der Schüler*innen hinweg entschieden und ebenso in der Energiekrise, dass die Heizung an den Schulen herunter gedreht wird. Wenn Systemrelevanz von Jugendlichen ernst genommen werden soll, dann muss Jugendbeteiligung noch ein Schritt weiter gehen. Jugendbeteiligung ist eine Pflichtaufgabe der Kommune und keine freiwillige Leistung. Es gibt Ausbaubedarf bei der institutionalisierten Jugendbeteiligung. Entscheidungen für Jugendliche werden unter dem Vorbehalt getroffen, dass sich der Gemeinderat dafür interessiert und es umsetzen muss. Es gibt keine Form der Verbindlichkeit. Die GRÜNE-Fraktion möchte hier weiter gehen. 2024 jährt sich die Jugendkonferenz zum zehnten Mal. Dies ist ein guter Anlass, weiter zu denken. Die Jugendkonferenz entwickelt sich stetig weiter, und unsere Fraktion stellt sich ein zukunftsfähiges Jugendbeteiligungskonzept so vor, dass dieses neben den offenen und den projektorientierten Formen auch noch eine stark institutionalisierte Säule der Jugendbeteiligung hat. Das kann ein Jugendgemeinderat sein oder ein in seinen Rechten gestärkter AKS. Wir stellen uns eine Jugendbeteiligung mit einem verbindlichen Votum, mit Personal sowie mit einem eigenen Budget zur Gestaltung vor, die Jugendlichen in Krisenzeiten Gehör verschafft. Wir möchten uns mit allen Fraktionen in einen Prozess begeben, um daran zu arbeiten. Es muss ein Prozess sein, in dem die Jugendlichen im Zentrum stehen und flankiert werden von den Fraktionen des Gemeinderates, der Verwaltung sowie des Stadtjugendausschusses.

Frau Frey (StA Durlach): Ich schließe mich Herrn Stadtrat Bauer an. Auch wenn die Stadt Karlsruhe den §41a GemO erfüllt, kann noch mehr gemacht werden. Wünschenswert sind noch mehr aufsuchende Konzepte. Wir haben auch viele Kinder und Jugendliche, die das nicht aus den Familien oder Schulen kennen. Dann würde ich mir von der Verwaltung wünschen, Dinge zeitnaher zu erledigen, Beispiel Basketballkorb in Durlach, der seit 3-4 Jahren nicht erneuert wurde. Jugendliche wollen nicht warten bis sie alt sind.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Die SPD teilt die Einschätzung von Herrn Stadtrat Bauer zur Bedeutung und Stärkung von Jugendarbeit, jedoch nicht die daraus gezogenen Schlüsse. Die Politik sollte sich nicht zusammensetzen und überlegen, einen Jugendgemeinderat zu erstellen oder den AKS zu stärken. Das Gute ist ja gerade, dass alles von unten heraus gedacht wird, die Jugendkonferenz ist das einmalige Instrument, bei dem aus allen gesellschaftlichen Schichten sowie allen Altersspannen Jugendliche an einem Ort gemeinsam auf Augenhöhe überlegen, wo und an welcher Stelle es wirklich brennt. Wenn wir uns unterhalten sollen, dann darüber, wie wir die Jugendarbeit noch ernster nehmen können und vermeiden, dass sich Prozesse jahrelang hinziehen. Wie können wir das herausragende Instrument in Karlsruhe weiterentwickeln und weiter stärken? Wir können die Jugendkonferenz noch ernster nehmen. Beispielsweise einen Antrag aus der Jugendkonferenz heraus in die politischen Gremien, in den Jugendhilfeausschuss oder den Gemeinderat, bringen. Wenn für die Jugendlichen bei einem Problem keine Lösung in Sicht ist, sollen sie die Möglichkeit haben, es in den Prozess der politischen Entscheidung einzuschleusen. Das Gesetz sieht auch Beteiligungsmöglichkeiten vor.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Das Konzept zeigt auf, was in den letzten Jahren erarbeitet wurde. Ich stimme jedoch Herrn Stadtrat Bauer zu, dass noch mehr zu tun ist. Einer gemeinsamen Initiative der Fraktionen stimmen wir zu. Die CDU hat bereits Anträge im Gemeinderat für einen Jugendgemeinderat gestellt. Das Ziel war stets, eine verlässliche Jugendbeteiligung zu erreichen, auch mit formellen Möglichkeiten wie beispielsweise an Sitzungen teilzunehmen oder Anträge zu stellen. Der Stadtjugendausschuss ist ganz wichtig in diesem Bereich, ebenso wie die Jugendkonferenz. Diese ist jedoch nur einmal jährlich. Es sind konkrete Themen, die vorgetragen werden. Es gibt bestimmt noch viele Jugendlichen, die die Jugendkonferenz nicht kennen und nicht wissen, wie man sich dort einbringen kann. Die CDU ist offen für weitere Gespräche und stimmt dem Konzept heute zu.

Herr Topluggedik (stja): Es gibt in Karlsruhe viele Konzepte und gibt so **allen** Jugendlichen die Möglichkeit, sich zu beteiligen, das Privileg haben wir in Karlsruhe. Dem Stadtjugendausschuss ist es zu verdanken, dass sich jeder beteiligen kann, ob kurz- oder langfristig. Nicht jeder Jugendliche möchte sich jahrelang binden. Im Austausch mit anderen Jugendlichen aus Baden-Württemberg habe ich erfahren, dass beispielsweise in Ulm das Konzept Jugendgemeinderat nicht funktioniert hat. Das Gute an dem hier vorgestellten Konzept ist, dass es sich stetig weiterentwickelt und dass die Jugendlichen selbst entscheiden, wie es weitergeht. Daher lässt die Jugendlichen selbst entscheiden, wie sie sich politisch engagieren wollen. Das Konzept wie es derzeit ist, ist gut. Man kann es mit Hilfe von Sozialarbeitern stärken und weiterentwickeln. Ich stimme Frau Stadträtin Melchien zu. Wenn sich Jugendliche für einen Jugendgemeinderat interessieren, dann sollen sie es von sich selbst aus beantragen. Ich habe bereits drei Mal an der Jugendkonferenz teilgenommen, und in der Regel werden die Anliegen schnell bearbeitet.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/DIE PARTEI): Den Begriff Jugendbeteiligung möchte ich unterbrechen auf die Stadtteile, aktuell am Beispiel Südstadt. Bei der Jugendkonferenz haben sich Jugendliche stark dafür eingesetzt, dass der Kinder- und Jugendtreff Südstadt behindertengerecht umgebaut wird und die ganze Situation vor Ort sich verändert. Dies wurde im Gemeinderat auch beschlossen. Der bestehende Treff wird abgerissen, und es gab einen Wettbewerb für ein neues Gebäude. Wir sind jetzt auch im Wort bei den Jugendlichen, dass wir nicht nur gehört haben, sondern dass dies auch umgesetzt wird. Ich möchte hiermit an meine Kolleg*innen appellieren, dass dies nicht auf die lange Bank geschoben werden wird. Der Treff ist derzeit nicht behindertengerecht, voller Schimmel, und der Notausgang „Rutsche“ ist gesperrt. Es wundert mich, dass die Verwaltung so etwas überhaupt zulässt. Konzepte sind schön und gut, aber wir müssen auch vor Ort umsetzen, was von den Jugendlichen gewünscht und angestoßen wurde. Der Gemeinderat muss genau hinschauen, damit es am Ende auch umgesetzt wird.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Kurze Nachfrage zu den Beteiligungsplattformen. Welche werden genutzt oder welche nicht? Ist es sinnvoll, zu reduzieren oder neue zu schaffen?

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Vieles ist gut und die Beteiligungskultur von unten ist erstrebenswert. Ich befürchte, wenn wir einen Jugendgemeinderat beschließen würden, würde das von oben kommen. Jugendliche brauchen Freiheit, neu zu denken. Die Zahl derer die sich beteiligen, ist aktuell deutlich größer als wenn man es auf aktive Jugendgemeinderatsmitglieder beschränken würde, der von uns initiiert wurde. Ich stimme Herrn Stadtrat Cramer zu, dass viele Entscheidungen getroffen wurden und auch die Verwaltung zugestimmt hat, diese zügig umzusetzen, und dann ist nach Jahren noch immer nichts

passiert. Was machen solche Prozesse für einen Sinn, wenn sie nicht in einem gewissen Zeitrahmen abgeschlossen werden? Die Verwirklichung von Prozessen muss gewährleistet sein.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Jugendgemeinderat scheint ein Reizwort zu sein. Die GRÜNE-Fraktion wird keinen Antrag stellen „der Gemeinderat bildet einen Jugendgemeinderat“. Die Jugendlichen sollen grundsätzlich selbst entscheiden, jedoch über einen Teil können Sie nicht entscheiden, nämlich wie viel Personal oder Budget sie erhalten oder ob die GemO geändert wird, um ein festes Stimmrecht zu erhalten. Dies muss durch die Gemeinderat*innen beschlossen werden, wenn dies gewollt ist. Meine Fraktion will einen Aufschlag machen, aber nicht die Direktive vorschreiben, wo es hingehen soll.

Der Vorsitzender: Die PH Karlsruhe hat einen bundesweit ausgewiesenen Fachmann zum Thema Demokratiebildung, Herrn Professor Engelmann, gewonnen. Der Appell an den Stadtjugendausschuss, noch verlässlicher, die Jugendlichen noch ernster zu nehmen und nachhaltiger zu sein, ist sicher nicht so gemeint. Ich kann mir den Stadtjugendausschuss nicht noch ernster, nachhaltiger oder verlässlicher vorstellen. Trotzdem stimme ich zu, wir müssen schneller werden, wie das Beispiel des Basketballkorbes zeigt. Ein Vorschlag an den Stadtjugendausschuss: Gründet eine Bauabteilung, analog wie es bei den Bädern gemacht wurde, um die Projekte zeitnah umzusetzen. Herr Stadtrat Cramer und Frau Frey, es ist richtig, wir müssen in der Umsetzung schneller werden.

Herr Gotzmann (stja): Auf vieles möchte ich gesammelt antworten. Das Jugendkonzept ist dynamisch, und es wird zusammen mit Jugendlichen erarbeitet. Eine Stelle mit 50 Prozent zum Thema Jugendbeteiligung ist nicht viel. Gleichzeitig eine 50 Prozent Projektstelle für Innenstadtentwicklung ist ebenfalls nicht viel. Das sind Rahmenbedingungen, mit denen wir ein bestmögliches Konzept erarbeitet haben. Aus §41a GemO kann man nicht die Einrichtung eines Jugendgemeinderates ableiten, der Gesetzgeber hat dies nur als Beispiel erwähnt. Wir versuchen die Jugendlichen in die Prozesse einzubeziehen, aufzuzeigen wie eine Stadtverwaltung funktioniert, wie Prozesse ablaufen. Der Stadtjugendausschuss ist offen für Gespräche und arbeitet gerne gemeinsam mit den Jugendlichen an diesem Konzept. Wir brauchen alle Beteiligungsplattformen, da mit jeder einzelnen unterschiedliche Jugendliche erreicht werden. Die Plattformen spielen alle zusammen, und es werden Synergien erzeugt. Die verschiedenen Beteiligungsplattformen gibt es nicht, weil wir uns das ausgedacht haben, sondern weil die Jugendlichen diese wollten.

Beschluss: Der JHA empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 3: Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtjugendausschuss e.V.
- Vorlage -

Frau Litzler (stja): Die Vorlage verdeutlicht am Beispiel der Pandemie, wie Kinder- und Jugendarbeit wirken kann. Mit einem anderen Zugang im Rahmen der Jugendhilfe eine gute Ressource darzustellen, im Umgang mit den gesellschaftlichen Krisen. Die Kinder- und Jugendarbeit orientiert sich in erster Linie an den Lebenswelten und Bedarfen sowie an dem, was die jungen Menschen herantragen. Es ist nicht nur das Reagieren, sondern Themen

werden aktiv aufgegriffen und mitgestaltet, was ein hohes Maß an Flexibilität erfordert, da die Jugendarbeit einem stetigen Wandel unterliegt. Diese Flexibilität hat sich um Umgang mit der Pandemie als hilfreich erwiesen. Es wurden dabei jedoch auch Bedarfe aufgegriffen, die keine eigentliche Aufgabe der Jugendhilfe sind, wie beispielsweise das Home-schooling. Es ist darauf zu achten, dass sich solche Aufgaben jedoch nicht auf Dauer etablieren und Ressourcen der originären Jugendhilfe binden. Eine weitere Erkenntnis ist, dass es sich um einen selbstgewählten Zugang der Jugendlichen handelt. Die Jugendarbeitsmitarbeiter*innen werden von den jungen Menschen als „andere Erwachsene“ beschrieben und haben eine hohe Akzeptanz, die es ermöglicht, niederschwellig gesellschaftliche Anforderungen zu thematisieren und Orientierung zu bieten. So kann Kinder- und Jugendarbeit einen guten Beitrag im Umgang mit krisenhaften Ereignissen wie der Pandemie leisten und gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Kinder- und Jugendarbeit in Karlsruhe ist krisenfest und resilient. Der Bericht hat gezeigt, dass sie auch systemrelevant ist. Es hat mich begeistert, was alles in dieser Krise stattgefunden hat, welche Angebote geschaffen wurden und dazu auch noch Erhebungen durchgeführt und festgehalten wurden.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Was bedeutet Aufträge aus anderen Systemen?

Frau Litzler: In Karlsruhe ist das nicht so deutlich geworden. Dies ergab sich eher in ländlichen Kommunen, wie beispielsweise Schulkindbetreuung.

Der Vorsitzende: Der Stadtjugendausschuss hat bei Problemen mitangepackt und beispielsweise ein Jugendzentrum als eine Art Hausaufgabenbetreuung genutzt: Sozialbetreuung direkt bei den Betroffenen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 Poollösung bei Schulbegleitung - Vorlage -

Frau Grebhardt (SJB): Wir wollen die Poollösung zum Beginn des nächsten Schuljahres an den Standorten Beiertheimer Grundschule und Albschule starten. Die Idee hierfür ist aus dem Runden Tisch Inklusion entstanden, da von verschiedenen Akteuren die Rückmeldungen kamen, dass sich der Bedarf an Schulbegleitung immer mehr erhöht, jedoch die aktuellen Rahmenbedingungen schwierig sind. Durch viele Erwachsene im Unterricht wird der Unterricht an sich erschwert, und von den Trägern wurde gemeldet, dass aufgrund des Personalmangels es schwierig ist, qualifiziertes Personal zu finden. Im Ergebnis war festzustellen, dass es einen neuen Ansatz braucht. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit allen relevanten Beteiligten wurde das Konzept erarbeitet. Es ist ein ergänzendes Angebot zur individuellen Schulbegleitung. Das Konzept wurde bereits allen Trägern vorgestellt und um Interessensbekundung gebeten. Es gab schon Rückmeldungen, und aktuell sind wir mit zwei Trägern im Gespräch.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wenn man es zusammenfassen möchte, ist es eine Entwicklung in interdisziplinäre Teams. Es ist kein Zufall, dass sich die Grundschule Beiert-heim dafür gemeldet, da diese bereits vor 2011 die Möglichkeit nutzte, ein integratives

Schulprojekt einzurichten. Damit ist sie gut geeignet, das Modell zu erproben, ebenso wie die Albschule, die sich seit vielen Jahren für Außenklassen und schulische Kooperationen engagiert. Die GRÜNE-Fraktion findet besonders gut, dass pädagogisches Fachpersonal eingebunden wird. Es ist gut, dass im Konzept verbindlich die Zusammenarbeit von Schulbegleitung mit Lehrer*innenteam und der Stadt geregelt und damit eine gute Qualitätssicherung ermöglicht wird. Es bedeutet eine große Entlastung für die Eltern, wenn eine Begleitung bei Ausfällen vorhanden ist. Wir betonen nochmals, es darf kein Sparmodell sein.

Frau Frey (StA Durlach): Ich wäre ein großer Fan, wenn wir von multiprofessionellen Teams sprechen, sehe ich jedoch ein Problem. Wann soll der Austausch zwischen den Lehrkräften und der Schulbegleitung an den Schulen stattfinden, wenn nur 10 Minuten vor und nach der Schule bezahlt werden? Werden die Lehrkräfte wirklich mit den Schulbegleitungen aus der Poollösung zusammen auf Augenhöhe arbeiten? Es gibt Schulen, da läuft es gut und wieder andere, da läuft es gar nicht. Das Ziel muss sein, Kolleg*innen zusammenzubringen und deutlich intensiver miteinander zu arbeiten. Wenn an der Beiertheimer Schule eine mitarbeiterergänzende Hilfe mit einer Einstufung S2 kommt, ist das ein Schreibfehler?

Frau Grebhardt (SJB): Bei der Zusammenarbeit auf Augenhöhe hat die Verwaltung die Chance zu schauen, welche Träger passen an welche Schule. Das Personal soll natürlich mit den Lehrkräften und den Schulleitungen in Kontakt und in den Austausch gebracht werden. Bezüglich der Bewertung der mitarbeiterergänzenden Hilfe muss in die Leistungsbeschreibung geschaut werden, das wird nachgereicht. Es wurden beide Schulen befragt, was benötigt wird. Es wird pädagogisches Personal benötigt, auch wenn die Albschule zurückgemeldet hat, dass es oftmals um pflegerische Leistungen geht. Die dritte Person hat eine Art Springerfunktion. Zwei pädagogische Fachkräfte sind fest in den Klassen, und ergänzend soll es die Springerfunktion für Krankheitsfälle geben. Damit war klar, dass hierfür die Qualifikation etwas geringer angesetzt werden kann.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Konzept zur Kenntnis.

TOP 5 Aktuelle Situation in der Schulsozialarbeit

- Vorlage -

Frau Greiner (SJB): Wenn ich eine Überschrift finden müsste, wäre das „es ist super viel los, aber wir bekommen das hin.“ Vor 25 Jahren wurde ein gutes und tragfähiges System auf den Weg gebracht, das die Krise meistern konnte und weitere Bedarfe gut auffangen kann. Am 14. Dezember 2022 wurde beschlossen, dass für die Bundesaktion „Aufholen nach Corona“ befristet Gelder freigegeben werden und damit die Landesförderung für die Schulsozialarbeitsstellen aufgestockt wird, befristet für ein Jahr von 16.700 Euro auf 19.600 Euro. Für Karlsruhe würde das, bei Vollbesetzung der Stellen, circa 140.000 Euro Fördergelder bedeuten.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Jugendhilfeausschuss wird regelmäßig über den Stand der Schulsozialarbeit und diesmal auch im Vergleich mit anderen Städten in Baden-Württemberg informiert. Es ist zu würdigen, dass es in den letzten Jahren prima gelaufen ist. An einigen beruflichen Schulen haben wir noch keine Schulsozialarbeit. Müssen die Lücken noch geschlossen und im Hinblick auf die Haushaltsplanung noch Anträge hierfür vorbereitet werden? Der Vorlage ist zu entnehmen, dass durch die hohe Belastung der

Lehrkräfte nach Corona und die noch anhaltende Erschöpfung teilweise zu hohe Erwartungen an die Schulsozialarbeit gestellt werden, was zu Konflikten oder Enttäuschung führt. Dadurch gerät das hohe Ansehen der Schulsozialarbeit ins Wanken. Um welche Erwartungen, die nicht befriedigt werden können, handelt es sich konkret? Was gibt es für Lösungsmöglichkeiten? Ein großes Problem an vielen Schulen ist derzeit der Absentismus. Als Auftrag, was kann die Sozial- und Jugendbehörde tun, um die betroffenen Schulen stärker zu unterstützen? Ganze Schülerschaften seien bereits beim Übergang Schule und Beruf verloren gegangen, deshalb die Frage, was kann hier im Vorfeld gemacht werden, was nicht alleine von den Schulen und der Schulsozialarbeit gestemmt werden kann? Ein qualitativer Ausbau ist sicher sinnvoll. Es geht darum, die Bedarfe der Schulsozialarbeit nach einem Sozialindex besser zu steuern.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Frau Stadträtin Rastätter hat schon sehr spezifisch gefragt. Welche Beruflichen Schulen fehlen und wie werden dort die Bedarfe gesehen? Gerade die Beruflichen Schulen sind die, bei denen zuletzt der dringende Bedarf an Schulsozialarbeit gesehen wurde.

Herr Braunagel (Der Paritätische): Bezugnehmend auf das Fachgespräch „Übergang Schule und Beruf“ aus dem klar hervorgeht, dass einige Jugendliche am Übergang von allgemeinbildenden Schulen zu berufsbildenden verloren gehen: Wie ist die Datenlage, ist bekannt, was für Gründe hierfür vorliegen? Hat die Schulsozialarbeit die Möglichkeit, hierzu nachzufragen? Man kann nur etwas ändern, wenn man die Gründe hierfür kennt.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Absentismus ist deutlich häufiger und wieviel „mehr“ bedeutet das? Es heißt, Absprachen werden nicht mehr eingehalten, was kann man dagegen tun?

Frau Greiner (SJB): Es betrifft nur noch die Heinrich-Meidinger-Berufsschule. Das ist eine einjährige Berufsfachschule für Gas- und Wasserinstallateure, die noch keinen Bedarf an Schulsozialarbeit sieht. Die Arbeitsförderungsbetriebe haben regelmäßig Kontakt und prüfen, ob Bedarf besteht. Die anderen Berufsschulen sind alle mit Schulsozialarbeit ausgestattet.

Die „enttäuschten Erwartungen“ ist ein Ergebnis der Überforderung oder der hohen Anforderung. Themen, die oft mit der Vertrauenslehrkraft besprochen wurden, können nicht einfach nur an die Schulsozialarbeit weitergereicht werden, sondern hier ist ein Zusammenspiel gefragt. Es wird noch etwas Geduld brauchen, doch durch Kommunikation renkt sich das wieder ein.

Zum Schuljahresende kann ich konkrete Zahlen zum Schulabsentismus nachreichen, auch im Vergleich zu den letzten Jahren. Auf dieser Ebene setzen wir an. Anfang März 2023 haben wir einen Termin mit dem staatlichen Schulamt, um sich abzusprechen. Ab wann handelt es sich um Schulabsentismus? Wir sind im engen Kontakt mit dem Sozialen Dienst um zu schauen, wo die Probleme sind, wo können wir ansetzen, um umzusteuern? Wir schauen am Übergang Schule Beruf, weil die Zahlen nicht eindeutig sind, weil nicht aufgegriffen wird, wer bereits in andere Systeme umgeleitet wurde, beispielsweise in der Jugendhilfe versorgt wird. Diese werden in der Statistik nicht aufgenommen und gelten daher als nicht angekommen. Da werden wir genauer auf die Subsysteme schauen. Zum Bedarf mehrere Schulen unter einem Dach: Damit werden wir uns noch mehr beschäftigen, das steht auf der Agenda für das nächste Jahr.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der aktuellen Situation in der Schulsozialarbeit und befürwortet die dargelegten Planungen.

TOP 6 Evaluation und Überarbeitung des Kita-Portals
- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Im Beschluss heißt es, es wird dem weiteren Vorgehen zugestimmt. Was ist konkret die weitere Vorgehensweise? Die Stellungnahme liest sich, als könnte man nichts ändern. Es ist allen klar, dass wir ohne weitere Betreuungsplätze auch mit Portalen allein nicht viel ändern können. Es muss daher mit Hochdruck an der Schaffung weiterer Betreuungsplätze gearbeitet werden. Wie ist der Zeitplan, um an objektive Kriterien zu kommen? Ein konkreterer Zeit- und Maßnahmenplan ist erwünscht. Bei den Problembeschreibungen gibt es durchaus Herausforderungen, die in Karlsruhe als IT-Stadt direkt lösbar sein sollte, Stichwort Suchfunktionen. Sind wir diesbezüglich an einen Anbieter gebunden, ist das ein anderes Problem? Oder brauchen wir mehr Geld? Die GRÜNE-Fraktion kann Kenntnis nehmen, aber nicht dem weiteren Vorgehen zustimmen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Die überarbeiteten Ausführungen sind gut, aber aktuell können wir die Probleme nur mit dieser Firma angehen. Der Problemanalyse stimmt die SPD zu. Natürlich stimmt es, dass wir ein weitaus geringeres Problem hätten, wenn ausreichend Plätze zur Verfügung stünden. Der ein oder andere Handlungsbedarf müsste leicht zu regeln sein. Ein Button für freie Plätze im nächsten Monat ist nicht sinnvoll, wenn Familien längerfristig vorausplanen. Die Service- und Beratungsstelle kann viel im Interesse der Eltern leisten, jedoch ist aktuell das Personal zu gering, um die ansteigenden Anfragen zu bearbeiten. Vielleicht muss mit leichteren Masken und mit dem Stand der Technik gearbeitet werden, um es sowohl der Verwaltung als auch den Eltern und den Trägern leichter zu machen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Das Fazit hört sich wachsweiß und nicht konkret an. Die Stellungnahme ist so nicht zur Abstimmung fähig.

Frau Langeneckert (SJB): Das Problem ist vielschichtig und war uns schon lange vor dem Antrag bekannt. Es ist tatsächlich ein Problem mit der Firma, das Ausschreibungsverfahren war damals schon langwierig. Wir sind momentan an die Firma gebunden. Wir suchen nach Alternativen. Es ist aktuell schwierig, eine klare Vorgehensweise zu skizzieren, jedoch arbeitet die Verwaltung an den Problemen. Die Stellungnahme ist unglücklich formuliert, einem Vorgehen muss aktuell nicht zugestimmt werden. Aktuell ist nicht der Ausbau der Plätze, sondern der akute Fachkraftmangel, das Problem. Die Verwaltung hat das Interesse, es den Eltern einfacher zu machen. Aber mit über 200 Kitas und über 50 Trägern ist es schwierig, ein gleichgeschaltetes System zu finden. Ich bitte Sie um Geduld. Sie werden in Kenntnis gesetzt, sobald weitere Informationen über die nächsten Schritte und ein Zeitplan vorhanden sind.

Der Vorsitzende: Der Ausbau der Kitas ist von den Haushaltseinsparungen ausgenommen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 7 Öffentlichkeitsarbeit verstärken – Angebote gegen Kinderarmut besser bekannt machen

- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Es ist erfreulich, dass in Karlsruhe die Zahlen der Kinderarmut sinken. Es muss aber weiterhin an diesem Thema gearbeitet werden. Die GRÜNEN begrüßen, dass die Informationen zum Karlsruher Pass nun in leichter Sprache erarbeitet werden und mit dem zehnjährigen Jubiläum diesen zusätzlich bewerben werden. Bei den zentral versendeten Bescheiden ist es nicht möglich, ergänzend Informationen beim Postversand zuzufügen? Bei der Antragstellung ging die GRÜNE-Fraktion davon aus, dass es bei kleinen Mengen möglich wäre, den Versand zu individualisieren. Wegen der divergierenden Aussagen bitten wir, uns die Informationen aus dem Rechenzentrum zukommen zu lassen ebenso wie die Kenntnis der bundeseinheitlichen Vorgaben. Bei den dezentral versandten Bescheiden ist es erfreulich, dass es beigelegt wird.

Unter drittens hatten wir die Verwaltung aufgefordert, die Einrichtungen, die mit einkommensschwachen Familien in Kontakt sind, zu identifizieren und gemeinsam mit den Trägern zu überlegen, ob Verbesserungen hinsichtlich der Weitergabe der Informationen und Angebote für die Zielgruppe möglich sind.

Zu Punkt 2, den Flyer in verschiedenen Sprachen anzubieten: Die reine Übersetzung ist noch keine differenzierte Ansprache, auch kein differenzierter Leitfaden, wie es im Bericht über Kinderarmut in Karlsruhe verlangt wird. Die Übersetzungen sind zwar richtig und auch ein Teil, jedoch noch nicht der Leitfaden, wie man diese Gruppe anspricht. Die GRÜNE-Fraktion bittet die Verwaltung darum, zu den offenen Punkten nochmals Stellung zu nehmen. Bis dahin ist der Antrag in dieser Weise für uns noch nicht erledigt.

Der Vorsitzende: Der Antrag wird nicht mehr im Gemeinderat beraten. Der Antrag ist erledigt, sobald die Verwaltung zu den offenen Punkten Stellung genommen hat. Als Ergänzung: Bei den unter 15-Jährigen war die Zahl im Jahr 2005 bei über 6.000 und nun zum 31.12.2021 sind es weniger als 3.500.

Frau Frey (StA Durlach): Laut heutiger Meldung hat Baden-Württemberg über 10.000 wohnungslose Kinder und Jugendliche. Wie viele hat die Stadt Karlsruhe?

Der Vorsitzende: Die Stadt Karlsruhe hat unter 100 wohnungslose Kinder und Jugendliche. Insgesamt haben wir circa 500 Obdachlose mit einer stagnierenden Zahl.

Frau Kiefer (stja): Wir haben unsere Routine, wie wir Menschen im Hilfesystem ansprechen. Personen, die Hilfesysteme aufsuchen, werden in Zusammenarbeit mit vielen anderen Stellen gut erreicht. Vor der Pandemie hatten 75 Prozent aller SGB II-Beziehenden einen Karlsruher Pass oder Kinderpass. Die Working Poor Kampagne steht in den Startlöchern.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die GRÜNE Fraktion benötigt noch Information zum „Leitfaden“, der im Kinderarmutsbericht steht.

Außerdem wünschen Sie die Übermittlung der offiziellen Antwort zu den bundeseinheitlichen Vorgaben im Rechenzentrum.

TOP 8 Weitgehende Gleichstellung der Karlsruher Tagesmütter mit den Erzieher*innen in städtischen Kindertageseinrichtungen
- Stellungnahme zum Antrag -

Herr Stadtrat Höyem (FDP): In Karlsruhe gibt es circa 1000 Kita-Plätze zu wenig, um die Quote zu erfüllen. Gemeinderatsmitglieder und private Träger haben über die vielschichtige Problematik der Kitas diskutiert. Die FDP hat den Eindruck, dass hierbei die Gruppe der Kindertagespflege nicht in den Fokus gebracht wurde. Es sind 659 Kinder in der Tagespflege, ohne diese Plätze wäre der Platzmangel noch größer. In der Stellungnahme hört es sich an, als wäre alles gut, jedoch wird dies von der Kindertagespflege so nicht wahrgenommen. Diese Gruppe ist ein wichtiger Teil in der Kinderbetreuung, und deshalb möchten wir sie in den Fokus bringen.

Der Vorsitzende: Hierzu ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Kindertagespflege gehört zur Kinderbetreuung dazu, und wir sind auf diese angewiesen, da sie insbesondere einen großen Anteil an Plätzen der unter 3-Jährigen bereitstellen. Die Tagesmütter haben uns gemeldet, dass sie nicht mehr auskömmlich arbeiten können. Die CDU wollte den Antrag der FDP nicht mittragen, weil er zu weit geht. Es ist erfreulich, dass die neu gefasste Regelung des KVJS, durch den Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1996, umgesetzt wird. Insofern ist die Empfehlung der Verwaltung, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen nicht richtig, sondern er ist als erledigt anzusehen.

Darüber hinaus wurden im Antrag Vorschläge erbeten, wie man Tagespflegepersonen noch weiter entgegenkommen kann, zum Beispiel mit Unterstützung bei den Fortbildungsmaßnahmen. Das reicht unserer Fraktion nicht aus, da nach der Qualifizierung weitere Fortbildungsmaßnahmen erforderlich sind, die die Stadtverwaltung auferlegt. Es ist erfreulich, dass die Fortbildungen kostenlos angeboten werden, jedoch der Zeitaufwand für die Fortbildung wird nicht vergütet und geht damit zu Lasten der Tagespflegepersonen. Wenn diese Aufwendungen auf die Eltern abgewälzt werden, können sich manche Eltern das vielleicht nicht mehr leisten. Die CDU erbittet einen Vorschlag, wie man diese Zeit außerhalb der reinen Betreuungszeit auch vergüten kann. Meine Fraktion ist zwar froh, dass sich einiges zum 1. Januar 2023 ändert, jedoch heute mit dieser Antwort nicht zufrieden und möchte den Antrag damit nicht als abgelehnt zu den Akten legen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Es ist richtig, die Kindertagespflege ist eine wichtige Säule bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs. Doch über allem steht die Haushaltslage. Wer soll das alles in Karlsruhe bezahlen mit der aktuellen Haushaltslage? Wenn die FDP Fraktion es auf kommunaler Ebene getragen haben möchten, dann muss gesagt werden, wie das funktioniert. Die GRÜNEN würden beide Anträge in dieser Form derzeit ablehnen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD hat sich über den Mindestlohn, den man pro Kind erhält, gewundert. Die Tagespflegepersonen betreuen in der Regel jedoch nicht nur ein Kind. Es ist gut, dass die Fortbildung kostenlos angeboten wird, jedoch geht es zu weit, die Stunden zur Fortbildung zusätzlich zu bezahlen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Es wird aktuell von der Verwaltung eine neue Förderrichtlinie erarbeitet. Wann wird diese voraussichtlich im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden? Dann wäre auch die richtige Zeit, mit Fakten diese Debatte zu führen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP): Was wir wollen ist, dass diese Gruppe der Kindertagesmütter und -väter in den Fokus gebracht wird. Deren Situation muss verbessert werden. Wir erwarten von der Verwaltung, einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung zu erhalten.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Schließt sich Frau Stadträtin Melchien an.

Der Vorsitzende: Es sind selbständige Unternehmer*innen, die eine Kalkulation erstellen müssen, wie viele Kinder müssen betreut werden, damit es sich lohnt. Es sind 177 Tagesmütter/-väter. Die Verwaltung schätzt diese Gruppe durchaus als tragende Säule. Die Verwaltung ist in permanentem Dialog. Es geht um Effizienz, dem Gremium und der Verwaltung die Diskussion zuzumuten, wenn doch bei Einzelproblemen ein direktes Gespräch mit der Verwaltung möglich ist.

Frau Hartmann (SJB): Die Tagespflege hat in der Stadt Karlsruhe einen hohen Stellenwert, und die Kindertagespflegepersonen werden vom Fachdienst Kindertagesbetreuung unterstützt, wo immer es möglich ist. Die Kindertagespflegepersonen haben grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Betreuungserlaubnis für fünf Kinder, wobei es jedoch Kriterien für eine mögliche Einschränkung gibt. Die Verwaltung wird nach den neuen Empfehlungen des KVJS den Stundensatz anpassen. Aktuell wird die neue Förderrichtlinie unter Beteiligung der Kindertagespflegepersonen erarbeitet. Die Vorlage zu der neuen Förderrichtlinie wird in 2024 kommen.

Der Vorsitzende: Der Antrag geht nicht zurück in den Gemeinderat, sondern die Verwaltung liefert die neue Förderrichtlinie nach. Für den nächsten Jugendhilfeausschuss wird das nicht reichen, es wird Herbst werden. Bei Einzelfallproblemen bitte gerne direkt an die Verwaltung verweisen.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die CDU-Fraktion muss noch klären, ob es nochmals zurück in den Gemeinderat gehen soll.

Der Vorsitzende: Der Antrag ist nicht entschieden.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Die Verwaltung stellt eine neue Richtlinie für 2024 in Aussicht. CDU und FDP wollen in ihren Fraktionen klären, ob damit die Anträge erledigt sind, oder ob sie nochmals im Gemeinderat behandelt werden sollen.

TOP 9 Finanzierung von Selbstverteidigungskursen durch die Stadt

- Stellungnahme zum Antrag -

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Im Dezember 2022 wurde der erste Teil zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beschlossen. Darin wurden verschiedene Bedarfe aufgezählt. Der AfD fehlt dabei der Teil konkrete Maßnahmen, um Frauen und Mädchen zu ermöglichen, bedrohliche Situationen abzuwenden. Um sich bereits im Vorfeld gegen Übergriffe zu wehren, in dem sie zu erkennen geben, dass sie sich wehren können und auch bereit sind, dies zu tun. Kampfsport als Mittel, um einen Konflikt von Anfang an auszuschließen, auch wenn dies alleine das Problem nicht lösen wird. Es wäre jedoch ein

wichtiger Baustein, den die Stadt Karlsruhe durch Bezuschussung promoten und somit die Zahl der teilnehmenden Mädchen erhöhen könnte. Die AfD wird im Rahmen der Haushaltsberatung mehrere Anträge zur Mitteleinsparung einbringen, wodurch eine Finanzierung der Selbstverteidigungskurse möglich wäre.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Im Bezug auf die Istanbul-Konvention ist zu sagen, dass die Träger hier hervorragende Arbeit leisten und die finanziellen Mittel gut eingesetzt sind.

Der Vorsitzende: Der Antrag ist nicht erledigt, sondern wird in den Gemeinderat zur Entscheidung zurückgegeben. Es ist hiermit im Jugendhilfeausschuss vorberaten. Die AfD-Fraktion meldet sich, wann es im Gemeinderat behandelt werden soll.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die AfD-Fraktion will noch mitteilen, ob der Antrag wieder direkt in den Gemeinderat gehen soll oder erst zu den Haushaltsberatungen.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, 20. Februar 2023

gesehen und genehmigt:

Martin Lenz
Bürgermeister

Carmen Edler
Schriftführerin